

**BASELBIETER**
**FREISINN**
**Gemeinsam weiterkommen.**
**Renteninitiative  
unterschreiben!**

#### Unternehmer sagen Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

Zahlreiche Unternehmer engagieren sich für ein Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz. Darunter auch Michael Hänzi, Mitinhaber des Berner Informatikdienstleisters Talus AG. Hänzi richtet die Talus AG seit der Gründung schrittweise umweltfreundlich aus. **Seiten 10 und 11**

#### Für eine Landwirtschaft mit Zukunft

Die Landwirtschaft wird von vielen Seiten zu Unrecht skandalisiert. Im Parlament sind mehrere Projekte aufgelegt, die zu einer Reduktion des Pestizideinsatzes führen. Zudem setzt sich die FDP für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft ein. **Seiten 12 und 13**

#### Ja zum PMT-Gesetz

Am 13. Juni stimmt die Schweiz über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ab. Das Gesetz ermöglicht den Behörden die gezielte Überwachung von einzelnen Gefährdungen in allen Phasen der Radikalisierung und die Möglichkeit, situationsgerecht einzugreifen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert die Notwendigkeit der Massnahmen. **Seite 18**

#### Peter Hodel ist gewählt



Bei den Solothurner Regierungsratswahlen gewinnt die FDP einen zweiten Sitz. **Seite 20**

## «Würde bringt Bürde»

**Editorial von Stephan Hohl**

«Würde bringt Bürde», pflegte meine Grossmutter jeweils zu sagen. Was Sie damit meinte, wurde mir jedoch erst so richtig klar, als ich in den Gemeinderat gewählt wurde. Zwar bildet die Gemeinde in unserem föderalistischen Staat die kleinste Einheit, die politische Arbeit ist jedoch aufgrund der kurzen Wege umso spannender – Rückmeldungen folgen umgehend und direkt. Dabei ist es in der heutigen Zeit wichtiger denn je, die liberale Sicht der FDP in die Konsensfindung einfließen zu lassen. Zum Beispiel wird heute unsere Mobilität stark durch Ideologien getrieben. Der individuelle, meist motorisierte Verkehr wird gegen den öffentlichen Verkehr an den Pranger gestellt. Anstatt Verkehrsträger zu vernetzen und damit eine bessere Gesamtlösung zu erreichen, werden durch künstliche Hürden (meist Ver- oder Gebote) geschaffen und eine Bevormundung durch den Staat hervorgerufen. Wo bleibt da die Selbstbestimmung jedes Einzelnen?

Vermehrt werden auf kommunaler Ebene Themen in Verbänden angegangen. Jüngste Beispiele sind die Altersregionen oder auch das «Projekt» Feuerwehr 2025 in unserem Kanton. Aus liberaler Sicht können Zusammenschlüsse durchaus Sinn ergeben. Die Materie wird zunehmend anspruchsvoller und Kosten können von mehreren Gemeinden getragen werden. Ich stelle jedoch auch fest, dass neue zusätzliche Regularien und Gremien geschaffen werden. Dies führt oft dazu, dass die



Stephan Hohl, Mitglied der Parteileitung, Gemeinderat

Entscheidungswege länger werden und die Kosten nicht sinken, sondern zu steigen drohen. Es ist aus meiner Sicht wichtig, unsere Kernthemen des Bürokratieabbaus und des Kostenbewusstseins einfließen zu lassen. Ein Anliegen ist mir auch, die Gemeindeautonomie zu bewahren. Kurze Ent-

*Fortsetzung auf Seite 3*

# Inhalt

- 3–9 Baselbieter Freisinn
- 10/11 Unternehmer sprechen sich für das CO<sub>2</sub>-Gesetz aus
- 12/13 Ungerechtfertigte Skandalisierung der Landwirtschaft
- 14 Vorschau auf die Sommersession
- 15 Nein zu den Agrarinitiativen
- 16 NR Regine Sauter setzt sich für das Covid-19-Gesetz ein
- 17 Gute Gründe für das CO<sub>2</sub>-Gesetz
- 18 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 19 FDP bekennt sich zum bilateralen Weg
- 20 Peter Hodel ist Solothurner Regierungsrat
- 21 Gastbeitrag von Kamylla Lisi-Brandino
- 23 Vermischtes



Ja zur Individualbesteuerung:  
Jetzt Initiative unterschreiben!



## Mehr Tempo ist nötig

### Impfungen ebnen den Weg aus der Krise

#### Liebe Freisinnige

Mit den im April verkündeten Lockerungsschritten des Bundesrats haben wir endlich wieder ein Stück Freiheit zurückerlangt. Weiterhin gelten jedoch Corona-bedingte Einschränkungen – eine Perspektive und ein zuverlässiges Ausstiegsszenario sind auch mit dem bundesrätlich vorgeschlagenen Drei-Phasen-Modell noch nicht greifbar. Wir alle werden weiterhin auf eine harte Geduldprobe gestellt.

Einen Impfwang lehne ich ab. Jedoch gelingt uns der Weg aus der Krise nur mit einer koordinierten Impf- und Teststrategie. Die zuständigen Bundes- und Kantonsämter haben es verpasst, bis Ende April 30 Prozent der Bevölkerung zu impfen – und sind damit der Forderung der FDP aus ihrem 100-Tage-Aktionsplan nicht nachgekommen. Es muss endlich schneller vorwärtsgehen beim Impfen. Mit jedem Tag nehmen die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schäden zu.

Nicht nur die Corona-Krise beschäftigt die Schweiz, sondern auch die Beziehungen zur EU. Der bilaterale Weg mit der EU ist eine Erfolgsgeschichte – eine Sicherung und Weiterführung ist von höchster Bedeutung. Bundespräsident Parmelin ist Ende April ohne die erhofften politischen Zugeständnisse bei den ausstehenden Punkten aus Brüssel zurückgekehrt. Der Gesamtbundesrat ist aufgefordert, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und aufzuzeigen, wohin der Weg gehen soll.

#### Unsere Nachkommen eine intakte Lebensgrundlage sichern.

Klarheit besteht hingegen darüber, dass wir heute handeln müssen, um auch künftigen Generationen

eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Dies sind wir unseren Nachkommen schuldig. Deswegen unterstütze ich das CO<sub>2</sub>-Gesetz und empfehle Ihnen, bei der Abstimmung am 13. Juni 2021 ein Ja einzulegen. Das Gesetz setzt auf liberale Rahmenbedingungen – nicht Verbote, sondern das Verursacherprinzip liegt ihm zugrunde. Es schafft die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften, ohne dass dies zwingend mehr kostet. Der Schlüssel liegt in der Innovation.

#### Ihre Stimme zählt.

Nicht nur das Coronavirus fordert Menschenleben, sondern auch terroristisch motivierte Straftaten. Mit der Annahme der PMT-Vorlage – ebenfalls am 13. Juni 2021 in der Volksabstimmung – könnten wir präventiv dagegen vorgehen. Das Gesetz erhöht die Sicherheit und den Schutz für unsere Bevölkerung, unsere Werte und unsere Institutionen.

Freisinnige und liberale Werte sind die Grundlage des Erfolgsmodells Schweiz. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie sich dafür einsetzen und am 13. Juni 2021 an die Urne gehen. Jede Stimme zählt! Unsere Abstimmungsempfehlungen finden Sie in der vorliegenden Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre und danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung einer liberalen Politik.

Ihre Petra Gössi  
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

# Aus der Parteileitung

Saskia Schenker berichtet

Die FDP ist eine Zukunftspartei – wir schauen nach vorne und möchten Perspektiven schaffen, für alle und gerade auch in der aktuellen Zeit. Das machen wir auf verschiedenen Ebenen. In der Parteileitung haben wir kürzlich das Schwerpunktthema «Fit für die Zukunft Baselland» verabschiedet. Daraus haben wir eine Vorstossserie zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons erarbeitet, die wir am 22. April im Landrat eingereicht haben. Denn auffällig ist, dass das Baselbiet im schweizweiten Kantonsvergleich bei zwei Faktoren hinterherhinkt: Beim Kostenumfeld und beim Arbeitsmarkt liegt unser Kanton im Wettbewerbsindikator der UBS nur auf Rang 21 von 26. Wir hätten aber eine gute Ausgangslage, um zu den überdurchschnittlich wettbewerbsfähigen Kantonen zu gehören. Denn das Baselbiet verfügt über eine sehr gute Wirtschaftsstruktur, über grosse Innovationskraft und über gute Erreichbarkeit. Somit ist klar: Unser Kanton nutzt diese optimale Ausgangslage zu wenig, wenn wir das Kostenumfeld und den Arbeitsmarkt anschauen. Da setzt unsere Vorstossserie an.

Im Baselbiet ist der Freisinn auf Gemeindeebene sehr stark vertreten. Deshalb stehen wir zum Thema «Zukunft» auch mit unseren Exponentinnen und Exponenten in den Gemeinden in regelmässigem Austausch. Im März fand ein entsprechendes Online-Treffen zum Thema Bildung statt. Der Regierungsrat veröffentlichte kürzlich unter Federführung unserer Regierungsrätin Monica Gschwind die Landratsvorlage «Überprüfung und Neugestaltung der Trägerschaft von Kindergarten, Primarschule und der Musikschule als Gemeindeschulen». Diese Auslegeordnung über die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden beim Thema Schule hat die FDP-Fraktion gefordert. Die Sorgen unserer Gemeindeexponentinnen und -exponenten sind berechtigt: Das Bildungswesen ist finanziell einer der grössten Posten, aber die Ausgaben werden mehr oder weniger kantonal bestimmt, da viele Vorgaben bestehen. Die Möglichkeiten, seitens Gemeinde zu steuern und zu gestalten, sind marginal. Die Auslegeordnung enthält nun sechs Varianten, wie die Aufgabenteilung wei-



Saskia Schenker, Parteipräsidentin, Landrätin

terentwickelt werden könnte. Für unsere Bildungsdirektorin, für uns als Parteileitung und für die Landratsfraktion ist es sehr wichtig, die Meinung unserer freisinnigen Gemeindevertreterinnen und -vertreter zu hören. Wir hatten eine interessante, offene Diskussion und konnten zwei der sechs Varianten favorisieren sowie auch Varianten ganz ausschliessen. Die Landratsfraktion wird diese Haltung nun in den Landrat tragen und zusehen, dass wir bei der Aufgabenteilung Kanton und Gemeinde im Schulbereich Verbesserungen erreichen können.

**Saskia Schenker**  
Präsidentin FDP Baselland, Landrätin

Fortsetzung von Seite 1

scheidungswege und die Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten sind wichtig für die «Schlagkraft» des Föderalismus auf Gemeindeebene.

Eines haben wir Gemeindepolitiker gemeinsam: Wir wollen das Zusammenleben fördern und die Attraktivität der Gemeinden als Wohn-, Aufent-

halts- und Arbeitsort steigern. Unsere Stärke liegt darin, dass alle politischen Strömungen einen Konsens finden. Ich wünsche uns daher den Mut, die Verantwortung vor Ort dafür zu übernehmen, das gemeinsame Ziel zu verfolgen. Dazu gehören auch (liberale) Visionen für die Zukunft! Auch wenn dies manchmal dazu führt, gegen «den Strom» zu schwimmen. Wir als FDP-Vertreterinnen und -Ver-

treter bringen eine wichtige Sichtweise in die politische Diskussion ein, dafür danke ich ihnen. Hierzu gehört auch, dass wir uns exponieren und uns der öffentlichen Kritik stellen – ganz nach der Devise «Würde bringt Bürde».

**Stephan Hohl**  
Mitglied der Parteileitung, Gemeinderat

Parolen zu den nationalen Abstimmungen vom 13. Juni 2021

- JA** zum CO2-Gesetz
- JA** zum COVID-19-Gesetz
- NEIN** zu den extremen Agrarinitiativen
- JA** zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus

Parolen zu den kantonalen Abstimmungen vom 13. Juni 2021

- JA** zur Verlängerung Tramlinie 14 ins Gebiet Salina Raurica

# Frauen der Judikative

## 50 Jahre Frauenstimmrecht

Wir zählen in diesem Jahr 50 Jahre Frauenstimmrecht. Nachdem wir im letzten Freisinn FDP-Frauen in verschiedenen politischen Funktionen der FDP Baselland vorgestellt haben, blicken wir in dieser Ausgabe auf die Judikative. Im Baselbiet sind 92 Personen in ein Amt am Gericht gewählt. Sowohl bei den Richterinnen und Richtern wie auch im Vizepräsidium sind die Geschlechter in etwa gleich aufgeteilt: Bei 26 Richterinnen gibt es 25 Richter. Ins Vizepräsidium sind 10 Männer und 9 Frauen gewählt. Ein Unterschied bei der Geschlechterverteilung wird bei der Wahl des Gerichtspräsidiums ersichtlich: Neben 14 Männern haben 8 Frauen dieses Amt inne.

Wenn ich an meine Studienzeit an der Juristischen Fakultät in Basel zurückdenke, erinnere ich mich stets an einen Überschuss an Frauen. Auch die aktuellen Daten der Universität Basel (Herbstsemester 2020) zeigen deutlich: Rund 60 Prozent der Jus-Studierenden sind weiblich. Das Potenzial an Richterinnen ist somit gross und die Frauen sind – wie die Zahlen oben zeigen – bis in die höchsten Ämter gut vertreten. Das ist jedoch alles andere als selbstverständlich, wie auch Christine Baltzer, Präsidentin am Kantonsgericht, Abteilung Zivilrecht, weiss. 2016 wurde Christine Baltzer zur höchsten Baselbieter Kantonsgerichtspräsidentin gewählt.

### Werdegang

Dr. Christine Baltzer-Bader (1954) begann 1981 bis 1987 als Bezirksrichterin. 1992 bis 2002 war sie Bezirksgerichtspräsidentin und danach Präsidentin der Abteilung Zivil- und Strafrecht am Kantonsgericht. Seit 2011 ist Christine Baltzer Präsidentin der Abteilung Zivilrecht am Kantonsgericht und 2016 bis 2018 als oberste Richterin im Kanton tätig. Politisch war sie 1984 bis 1988 Einwohnerin in Liestal, davon 1987/1988 als Präsidentin, und vertrat anschliessend 1987 bis 1992 die FDP im Landrat. Auch für Frauenfragen hat sich Christine Baltzer immer engagiert: So war sie Stiftungsratsmitglied des Frauenhaus Basel und in der Leitung der unentgeltlichen Rechtsberatung der Frauenzentrale Baselland. Privat ist sie verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Im Interview mit ihr spreche ich über den Wandel in der Justiz, die Herausforderungen vor Gericht und über ihre Erfahrungen als erste Frau in einem Kantonsgerichtspräsidium im Baselbiet.

**Frau Baltzer, vielen Dank, dass Sie für ein paar Fragen zur Verfügung stehen. Was bedeutet Ihnen die Frauenfrage in Ihrem Beruf?** Ich sehe es unabhängig von der Berufsgruppe: Es ist überall wichtig, dass Männer und Frauen bis in die obersten Gremien vertreten sind. Speziell aber bei den Vertretern der Gerichte ist es wichtig, dass beide Geschlechter mitwirken können. Frauen und Männer haben oftmals eine andere Sicht der Dinge und betrachten dementsprechend auch Fälle anders. Dies bringt aus meiner Erfahrung einen grossen Vorteil und erhöht so auch die Qualität der Rechtsprechung. Es geht meiner Meinung nach bei der Geschlechterfrage immer auch um die Rollenverteilung und damit auch um die Möglichkeit, Teilzeit zu arbeiten. Früher hiess es «Dieser oder jener Job ist nicht möglich in Teilzeit», und heute merkt man immer mehr, dass Teilzeit in jeder Hierarchiestufe möglich ist und neue Chancen bringt.

**Von 2009 bis Anfang 2016 waren Sie Vizepräsidentin am Kantonsgericht. Warum haben Sie sich damals entschieden, für ein Präsidium zu kandidieren?**

Ich war vorher sieben Jahre in der Geschäftsleitung der Gerichte sowie sieben Jahre Vizepräsidentin. Für mich war es eine logische Folge davon. Ich wollte diese Verantwortung übernehmen, dies unabhängig davon, dass ich eine Frau bin. Aber natürlich muss man sagen, dass ich ja die erste Kantonsgerichtspräsidentin war und diese Wahl sicherlich auch Signalwirkung für andere Frauen hatte.

**2015 stellten Sie sich für das höchste Richteramt als Baselbieter Kantonsgerichtspräsidentin zur Wahl. Im Landrat kam es zu einer Kampfwahl zwischen Ihnen und dem von der SVP portierten Roland Hofmann. Welche Erfahrungen machten Sie damals und in diesem Amt?** Zwischen Roland Hofmann und mir war es immer klar, dass diese Wahl eine politische Frage ist. Wir hatten und haben beruflich immer ein gutes Verhältnis und ich schätze ihn als Kollegen sehr. Sie müssen es so sehen: Ob als Geschäftsleitungsmitglied eines Unternehmens oder als Gerichtspräsidentin, eine Entscheidung wird immer im Gremium getroffen und es gewinnt die



Dr. Christine Baltzer-Bader

Mehrheit. Als Gerichtspräsidentin unterschreibe ich ein Urteil, welches die Richter zusammen gefällt haben. Grundsätzlich ist dies kein Unterschied zur Rolle als Geschäftsleitungsmitglied.

**Sie sind ein wichtiges Vorbild für junge Frauen, die eine Gerichtslaufbahn anstreben. Was raten Sie jungen Frauen, wenn sie sich für eine Gerichtslaufbahn entscheiden?** Zuallererst: Eine gute juristische, aber auch persönlichkeitsbildende Ausbildung. Es gibt aber in der Schweiz keine klassische Gerichtspräsidiumskarriere. Es gibt zwar die Einstiegsmöglichkeit als Gerichtsschreiberin, aber ansonsten gilt: Man muss zur richtigen Zeit in der richtigen Partei sein. Oder sagen wir es so: Wenn ich heute in der Konstellation von 2002 hätte gewählt werden sollen, dann hätte ich keine Chance, weil damals die FDP bereits einen Präsidenten stellte.

Allen jungen Menschen würde ich folgenden Rat geben: Die wichtigste Voraussetzung für ein Weiterkommen im Beruf ist eine vorgesetzte Person, die einen fördert. Dies war mir auch als Vorgesetzte immer sehr wichtig, und heute kann ich stolz sagen: Von meinen vier Gerichtsschreibern sind nun drei in einem Gerichtspräsidium.

**Wo in Ihrer gerichtlichen Laufbahn war es spürbar, dass Sie als Frau in der Unterzahl sind? Gab es auch Vorteile?** Um ehrlich zu sein, habe ich dies praktisch nie gespürt, aber ich war es mir auch gewohnt, in einem Männergremium zu sein, beispielsweise war ich im Verwaltungsrat der RegioBank beider Basel die einzige Frau. Dies war auch bei mir zu Hause der Fall: Ich wuchs mit drei Brüdern auf. Seit jeher arbeite ich genauso gut mit Männern wie auch mit Frauen.

**Im Februar 2021 feierte die Schweiz 50 Jahre Frauenstimmrecht. Sie waren noch sehr jung zu dieser Zeit – können Sie sich noch an diesen geschichtsträchtigen Tag erinnern?** Ich war am Mädchengymnasium 1 in Basel und erinnere mich, dass vor allem die Lehrerinnen sich so sehr gefreut haben. Vor allem die älteren Lehrerinnen haben sich ja lange Jahre dafür engagiert (zum Beispiel im Lehrerinnenstreik in Basel 1961).

**Eine Frage zum Schluss: 60 Prozent der Studierenden in der Rechtswissenschaft sind Frauen. Werden die Rechtswissenschaft und so auch die Gerichte weiblicher? Wo sehen Sie Ansatzpunkte, damit es mehr Frauen wie Sie in höchsten Gerichtämtern gibt?** Einerseits ist es eine Frage der Sozialisierung und wie die Gesellschaft damit umgeht. Ich glaube

aber per se nicht, dass die Justiz weiblicher wird, sondern sie wird für Frauen zugänglicher. Ich glaube es spielt eine Rolle, wie die Biografie ausgestaltet wird. Bei den Frauen kam früher immer die Frage: Wie ist Beruf und Familie vereinbar? Männer haben oftmals denselben Lebenslauf: Schule, Berufsausbildung, Karriere – und die Familie kommt dazu, ändert aber nichts am Lebenslauf. Bei Frauen ist dies anders: Es gibt Frauen, die berufstätig sind und keine Familie haben, andere vereinigen beides, und wieder andere konzentrieren sich auf die Familie. Da gibt es grosse Unterschiede im Lebenslauf. Mit Teilzeitstellen für Frauen und Männer kann auch eine neue Rollenverteilung ermöglicht werden. Im Jahr 2014 hat übrigens das Kantonsgericht Basel-Landschaft den «Prix-Egalité» des KV Schweiz erhalten. Ich durfte den Preis

entgegennehmen und es war mir eine riesige Freude! Schon damals war es mir wichtig, Teilzeit für Männer und Frauen zu ermöglichen. Und wir dürfen nicht vergessen: Eine andere Rollenverteilung bringt vor allem Frauen in die Wirtschaft oder eben in hohe Richterämter – dies hilft allen!

Es muss unbedingt ein Umdenken stattfinden, den Leuten muss klar werden: Familie und Karriere haben Platz nebeneinander, unabhängig vom Geschlecht. Wir sind aber noch nicht an diesem Punkt und dies sehe ich auch bei meiner Tochter, die teilweise immer noch dieselben Diskussionen führt wie ich vor 40 Jahren. Wir müssen also dranbleiben – und zwar am besten mit einer Prise Humor und kreativen Ideen, dafür ohne Verbissenheit!

**Gina Zehnder, Geschäftsführerin**

## Frauen für die FDP am Gericht



**Dr. iur. Christine Baltzer,**  
Präsidium der Abteilung  
Zivilrecht am Kantonsgericht



**lic. iur. Barbara Jermann Richterich,**  
Vizepräsidium der Abteilung  
Zivilrecht am Kantonsgericht



**lic. iur. Elisabeth Berger Götz,**  
Richterin Abt. Sozialversicherungsrecht  
am Kantonsgericht



**lic. iur. Ursula Sarain-Wechsler,**  
Vizepräsidium  
Zivilkreisgericht West



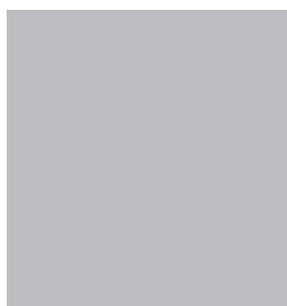
**lic. iur. Cornelia Friedli-Schuler,**  
Vizepräsidium  
Zivilkreisgericht West



**Dr. iur. Fabia Spiess,**  
Richterin  
Zivilkreisgericht West



**lic. iur. Kathrin Gürtler,**  
Richterin  
Zivilkreisgericht West



**lic. iur. Irmgard Brand,**  
Vizepräsidium  
Zivilkreisgericht Ost



**Dr. iur. Irène Laeuchli,**  
Präsidium Straf- und  
Jugendstrafgericht



**Dr. iur. Monika Roth,**  
Vizepräsidium Strafgericht



**Annemarie Graf,**  
Richterin Straf- und  
Jugendstrafgericht



**Dr. iur. Annette Meyer López,**  
Richterin Strafgericht



**lic. iur. Nicole Nüssli,**  
Richterin Strafgericht

# Fit für die Zukunft Baselland

## Vorstösse für ein wettbewerbsfähigeres Baselbiet

Die FDP schaut nach vorne und ist eine Zukunftspartei. Darum legte die Parteileitung das Schwerpunktthema «Fit für die Zukunft Baselland» fest. Zusammen in die Zukunft blicken und Perspektiven schaffen ist vor allem jetzt, wo sich eine Verbesserung der Pandemie abzeichnet, sehr wichtig (siehe dazu auch «Aus der Parteileitung» auf Seite 3). Die Fraktion der FDP BL reichte am 22. April 2021 fünf Vorstösse für ein wettbewerbsfähigeres Baselbiet ein. Damit attraktive Arbeitsplätze im Kanton entstehen und erhalten werden können, bedarf es einer umfassenden Strategie. Alle eingereichten Vorstösse finden Sie auf der Website des Kantons und der FDP BL, hier fassen wir diese kurz zusammen:



### Postulat 2021/255: Strategie für Rangierung «überdurchschnittliches Wachstumspotenzial» im kantonalen Wettbewerbsindikator der UBS

Damit im Baselbiet viele attraktive Arbeitsplätze entstehen, braucht der Kanton eine umfassende Strategie, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Denn auffällig ist, dass das Baselbiet im schweizerweiten Kantonsvergleich bei zwei Faktoren hinterhinkt: Beim Kostenumfeld und beim Arbeitsmarkt liegt unser Kanton im Wettbewerbsindikator der UBS nur auf Rang 21 von 26. Wir hätten aber dank einer guten Wirtschaftsstruktur, grosser Innovationskraft und guter Erreichbarkeit eine gute Ausgangslage, um zu den überdurchschnittlich wettbewerbsfähigen Kantonen zu gehören. Wir fordern deshalb vom Regierungsrat, eine Strategie zu entwickeln, um künftig als Kanton zur Gruppe

mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial zu gehören.



### Postulat 2021/254: Keine analogen Hürden mehr für die digitale Unternehmensführung

Für Unternehmen: Wir wollen alle staatlichen Hindernisse aus dem Weg räumen, die einer vollständig digitalen Unternehmensführung im Weg stehen. Lesen Sie mehr im Postulat «Fit für die Zukunft BL: Keine analogen Hürden mehr für die digitale Unternehmensführung».



### Postulat 2021/251: Mehr Frauen als Fachkräfte – Einsatz für die Einführung der Individualbesteuerung

Das Zweitverdienerereinkommen ist heute mehrheitlich jenes der Frau, deren Lohn jeweils in der Progressionsstufe des Lohnes des Erstverdienerereinkommens versteuert wird. Das bedeutet, dass sich deren Arbeitstätigkeit oft nicht lohnt und diese

Fachkräfte dem Arbeitsmarkt fehlen. Deshalb fordern wir den Regierungsrat auf, sich in der Finanzdirektorenkonferenz und nach einer erfolgreichen Einreichung der nationalen Individualbesteuerungsinitiative auch gegenüber dem nationalen Parlament für deren Einführung einzusetzen.



### Motion 2021/256: Lebenslanges Lernen fördern

Unsere Gesellschaft und Wirtschaft befinden sich in einem stetigen Wandel. Es ist deshalb wichtig, dass sich die Berufstätigen auch neben ihrem aktuellen Job weiterbilden. Sie verbessern damit eigenverantwortlich ihre Arbeitsmarktfähigkeit. Wir verlangen deshalb vom Regierungsrat, dass künftig keine Deckelung der steuerlich abzugsfähigen berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten mehr besteht und dass diese bis zum effektiv bezahlten Betrag pro Steuerjahr abgezogen werden können.



### Postulat 2021/249: Einführung der Interkantonalen Vereinbarung im öffentlichen Beschaffungswesen IvöB für mehr Qualitätswettbewerb

Seit dem 1. Januar 2021 gilt das neue Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen, und damit erhält neu im Submissionsverfahren nicht mehr das «wirtschaftlich günstigste Angebot» den Zuschlag, sondern das «vorteilhafteste Angebot». In einem Postulat fordern wir daher vom Regierungsrat, dass unser Kanton möglichst rasch zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen beitrifft und die kantonalen Rechtsgrundlagen entsprechend angepasst werden.

## Abstimmung

## Mit der Tramlinie 14 Salina Raurica erschliessen

Die zukünftige Mobilität ist ein Zusammenspiel von Arbeit, Wohnen und Freizeit. Von A nach B zu kommen, reicht künftig nicht mehr aus. Entscheidend in einer multimobilen Welt sind Erlebnis, Nachhaltigkeit und Gesundheit. Das Tram als Verkehrsmittel punktet: Es ist umweltfreundlicher, pünktlicher und wirtschaftlicher als Busse.

Mit voranschreitender Urbanisierung wächst das Verkehrsaufkommen. In der Region Hochrhein rechnet man in den kommenden 10 Jahren mit einem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum

von 0,8 Prozent pro Jahr. Im inneren Korridor, dazu gehören Muttenz und Pratteln, soll es sogar das Doppelte sein. Die Gemeinden stehen vor grossen Herausforderungen. Hier verdichtet sich das Verkehrsaufkommen auf engstem Raum, was häufig zum Stillstand führt. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind überfüllt. Dies sogar in Zeiten, wo Homeoffice Pflicht ist.

Die Verlängerung des 14er-Trams steht in direktem Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung. Von einer sinnvollen Mobilitätsentwicklung



Stephan Burgunder, Landrat, Gemeindepresident

mit einem gut vernetzten und möglichst umsteigefreien öffentlichen Personenverkehr profitiert die ganze Region. Verbindungen und Anschlüsse müssen aufeinander abgestimmt sein. Wichtig dabei sind Knotenpunkte, sogenannte zentrale Umsteigezonen, in denen man bequem das Transportmittel wechseln kann. Die neue Haltestelle am Bahnhof wird genau dies ermöglichen.

Seit über 20 Jahren ist die Planung Salina Raurica im Gang. 2009 verabschiedete der Landrat den kantonalen Spezialrichtplan. Seitdem ist auch der Tramkorridor eingezeichnet. Der Richtplan stuft das Gebiet rund um den Bahnhof als regional bedeutend ein. Am 3. Dezember 2020 stimmte der Landrat mit 63 Ja- zu 13 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen für die Verlängerung des 14er-Trams.

Die künftige Tramlinie führt entlang wichtiger Arealentwicklungen: Das Polyfeld und Hagnau in Muttenz sowie HIAG-Areal, Zentrale, Bredella und Grüssen in Pratteln, bevor sie weiter Richtung Rhein und weiter bis zur Endhaltestelle Augst führt. Dort entsteht ein neuer Busbahnhof, der das direkte Umsteigen von Tram auf das Busnetz ermöglicht. Die Linien werden so aufeinander abgestimmt, dass die Wartezeiten gering sind und die Erreichbarkeit aus allen Richtungen sichergestellt ist.

Ein breites Komitee, bestehend aus allen Parteien steht hinter diesem Projekt. Auch unterstützen alle Ortsparteien aus Pratteln die Vorlage. Die regionale Entwicklung erfordert eine sinnvolle Mobilität mit einer nachhaltigen Erschliessung. Nur so können wir den künftigen Verkehrsproblemen entgegenzutreten. Wir planen langfristig und bauen nicht hinterher.

**Stephan Burgunder**  
Landrat, Gemeindepresident Pratteln

KANTONALE ABSTIMMUNG

Kantonale Abstimmung vom 13. Juni 2021

# JA ZUM TRAM 14

Salina Raurica erschliessen

Ja zum 14er

VON PRATTELN BIS NACH AUGST

**folge uns!**  
Überparteiliches Komitee Ja zur Tramverlängerung 14 | Hardstrasse 1, 4133 Pratteln | info@tram14-ja.ch

**NÄCHSTER HALT:**  
[www.tram14-ja.ch](http://www.tram14-ja.ch)

Die Parolen der FDP Baselland

# Parteitag vom 21. April 2021

JA zum CO<sub>2</sub>-Gesetz



«Das CO<sub>2</sub>-Gesetz enthält Anreize statt Verbote, ist technologieneutral und fördert Innovation. Neu können alle Firmen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele vereinbaren und sich mit einem echten Beitrag von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien. Gehen wir diesen Weg und stecken den Kopf nicht in den Sand.»

**Stefan Brupbacher Trivigno**  
Direktor Swissmem

JA zum Covid-19-Gesetz



«Das Gesetz schafft eine demokratische Legitimation. Dem Bundesrat werden in seinem Pandemie-bedingten Handeln Leitplanken gesetzt. Es geht in erster Linie darum, dass die negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen wirkungsvoll abgefedert werden. Es ist weiterhin das Parlament, das über alle Kreditanträge des Bundesrates entscheidet.»

**Daniela Schneeberger**  
Nationalrätin

NEIN zu den extremen Agrarinitiativen



«Die Initiativen gehen zu weit: Ihre Annahme hätte weitreichende Folgen für die Schweizer Lebensmittelproduktion. Wenn die zahlreichen Betriebe, die heute Direktzahlungen erhalten, vollständig auf Pestizide und zugekauftes Futter verzichten müssten, können sie weniger Lebensmittel produzieren. Bereits heute hat der Bund strenge Regeln für die Verwendung von Pestiziden festgelegt und die Vorschriften nun weiter verschärft; zudem unterstützt er die Forschung und die Entwicklung von Alternativen finanziell.»

**Thomas Eugster**  
Landrat

JA zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus



«Bei Terroranschlägen sind die Täter den Behörden oftmals bereits im Voraus bekannt. Allerdings fehlen ihnen die nötigen Instrumente und die rechtliche Grundlage, um einzugreifen, bevor die Tat begangen wird. Mit dem neuen Gesetz erhält die Polizei zusätzliche Instrumente, um präventiv gegen Personen vorzugehen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht. So kann die Schweizer Bevölkerung besser vor Terrorismus geschützt werden.»

**Lucio Sansano**  
Präsident der Jungfreisinnigen Baselland

JA zur Verlängerung der Tramlinie 14



«Die Verlängerung der Tramlinie 14 ermöglicht eine nachhaltige Erschliessung des Gebietes Salina Raurica mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Zudem wird dadurch die bessere Anbindung des Bahnhofs Pratteln und der Quartiere Grüssen, Längi und Netziboden untereinander realisiert sowie der Verkehr entlastet.»

**Stephan Burgunder**  
Landrat

## Jungfreisinnige Baselland

## Erfolgreiches 2020 trotz Corona

## Geschätzte Freisinnige

Trotz Corona können wir Jungfreisinnigen auf ein sehr erfolgreiches Vereinsjahr 2020 zurückblicken. Nachdem es die Jahre zuvor eher etwas ruhiger um den Baselbieter Jungfreisinn geworden war, sind wir seit gut einem Jahr wieder aktiver denn je. Ich freue mich riesig über den grossen Mitgliederzuwachs im vergangenen Jahr, der die Aktivität und das Engagement der neuen Parteileitung belohnte. Ein Jahr nach meiner Wahl zum Präsidenten sehe ich den Jungfreisinn nun als motivierte Jungpartei mit über 30 Aktivmitgliedern und verschiedenen interessanten Ideen und Projekten für die Zukunft. Ich freue mich sehr darauf, diese Projekte gemeinsam mit der Parteileitung umzusetzen und auf dem erfolgreichen letzten Jahr aufzubauen.

An unserer – erfreulicherweise physischen – Generalversammlung vom 10. Mai 2021 haben unsere Mitglieder die neue Parteileitung gewählt, die ich Ihnen nebenstehend gerne vorstelle. Ich möchte meinem Vizepräsidenten und Vorvorgänger als Präsidenten, Adrian Lipkovits, wie auch Benjamin Rigo, der im vergangenen Jahr als Kassier amtierte, herzlich für ihren langjährigen Einsatz in unserer Jungpartei danken! Gleichzeitig freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit Simon Maier im Präsidium sowie mit unseren beiden neuen Parteileitungsmitgliedern Michèle Eggenschwiler und Luca Vogler.

**Lucio Sansano**  
Präsident Jungfreisinnige BL und  
Einwohnerrat FDP Reinach

**Lucio Sansano, Präsident, Reinach**

Student Wirtschafts- und Politikwissenschaften Universität Basel, Einwohnerrat FDP Reinach, Vizepräsident Jugendrat Baselland, Präsident Midnight Sports Reinach und Saturday Sports Reinach, Fussballfan, Schlagzeuger und Hobby pianist

**Simon Maier, Vizepräsident, Binningen**

Masterstudent Marketing & Strategy University of Warwick, Mitglied Wahlbüro Binningen, Perkussionist in diversen Orchestern, FCB-Fan

**Luca Vogler (neu), Kassier, Itingen**

Buchhalter, Schulrat FDP Itingen, Mitglied Vogelzuchtverein Exotic Sissach, Freizeit: Fitness und Joggen

**Carole Inäbnit, Medienverantwortliche, Binningen**

Studentin Rechts- und Wirtschaftswissenschaften HSG, Stimmzählerin Binningen, Teamie der Rechts- & Rekursberatung SHSG, Freizeit: Skifahren und Wandern

**Michèle Eggenschwiler (neu), Social Media, Sissach**

Studentin Rechtswissenschaften Universität Basel, Mitglied Model United Nations (MUN), Freizeit: Sport, Klavier und Lesen

**Sebastian Binggeli, Abstimmungen, Oberwil**

Student Medizin Universität Basel, Vorstand FDP Oberwil, Mitglied Model United Nations, Vorstand Akkordeonorchester Basel-Allschwil, Freizeit: Akkordeon und Badminton

**Oliver Fischer, Veranstaltungen, Muttenz**

Student Rechtswissenschaften Universität Basel, Leutnant Militärpolizei Schweizer Armee, Mitglied Model United Nations, Freizeit: Ruderclub, Schiessverein, Mountainbike, Fotografie

**Lea Krähenmann, Aktuarin, Binningen**

Economics Student University of St. Gallen, Board member Social Business Club, Praktikantin Eaternity, Freiwillige beim Jugendrotkreuz St. Gallen, Freizeit: Lesen, Kochen, Backen, Tanzen

**Emanuel Opel, Webmaster, Sissach,**

Student Informatik ETH Zürich, Mitglied Model United Nations, Freizeit: Skifahren, Tauchen, Programmieren



# IT-Unternehmen setzt auf Umweltschutz

Talus AG nimmt Verantwortung wahr

Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG (Talus), unterstützt das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Für den Unternehmer ist klar, dass Anreize für umweltfreundliches Verhalten viel bewirken können. So produziert das Berner Unternehmen einen Drittel seines Strombedarfs selbst.

Einen Stuhl, einen Schreibtisch, einen PC, ein (damals klobiges) Handy und etwas Aktienkapital. Das war die Mitgift, die man mitbringen musste, wenn man Ende 1994 zu den Gründern der damaligen Tankred – Dienstleistungen für Verwaltungen AG (heutige Talus) – gehören wollte. Zwölf Gründer wagten den Schritt in die Selbstständigkeit und legten den Grundstein für das Informatikunternehmen, das heute gut 100 Mitarbeiter zählt. Zu den Initianten gehörte auch Michael Hänzi. Der heutige Mitinhaber und Verwaltungsrat hat die Entwicklung von der kleinen IT-Firma zum Anbieter für IT-Gesamtlösungen miterlebt und mitgeprägt. Heute zählt die Talus, die im bernischen Seedorf beheimatet ist, zahlreiche Gemeinden, Städte und Energieversorger zu ihren Kunden, die

aus der ganzen Deutschschweiz und dem Tessin stammen. «Eigentlich wollten wir nie wachsen», sagt Hänzi. «Um der steigenden Anzahl Kunden ausreichenden Service zu bieten, wurden mehr Mitarbeiter nötig, und das führte schliesslich zur heutigen Grösse.»

### Umweltschutz seit 1994

Der Firmenmitbegründer führt engagiert durch seinen geräumigen Betrieb und nimmt gerne zwei Treppenstufen auf einmal. Wegen der Homeoffice-Pflicht sind die meisten Mitarbeiter nicht anwesend. In normalen Zeiten können sie aber von einer Kantine und Aufenthaltsräumen profitieren. Pingpongische und gelbe Wände erinnern entfernt an einen etwas grösseren Techkonzern. «Wir wurden



Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG.

auch schon als Google aus dem Seeland bezeichnet», sagt Hänzi lachend.

In den 27 Jahren seit der Gründung der Talus hat sich die IT-Welt fundamental gewandelt. Nicht verändert hat sich bei der Talus die Haltung, umweltschonend zu handeln. Bereits in den Unternehmensgrundsätzen von 1994 stand: «Wir wollen im

## Drei Unternehmer für das CO<sub>2</sub>-Gesetz



«Mit diesem Gesetz holen wir mehr Wertschöpfung in die Schweiz und senken gleichzeitig den CO<sub>2</sub>-Ausstoss.»

**Michael Schär**  
Stv. Geschäftsführer Hector Egger Holzbau



«Die Zeit ist reif für das CO<sub>2</sub>-Gesetz. Der langfristige Nutzen ist grösser als mögliche Einschränkungen.»

**Daniel Arn**  
CEO Hans Christen AG



«Das CO<sub>2</sub>-Gesetz sorgt für Investitionen in der Schweiz, die dem Gewerbe und lokalen Firmen zugutekommen.»

**Martin Flury**  
Meisterlandwirt

Rahmen unserer Möglichkeiten die Umwelt schonen und mit den begrenzten Ressourcen sorgfältig umgehen.» Diesen Grundsatz hat das Unternehmen seither beherzigt und auf verschiedenste Weise umgesetzt. In den letzten Jahren liess die Talus ihre Räumlichkeiten analysieren und nahm verschiedene energetische Sanierungen vor. Dank diesen Verbesserungen und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, die jährlich ca. 424 000 kWh produziert und damit einen Drittel des Strombedarfs des Unternehmens abdeckt. «Dank unserem erfreulichen Geschäftsgang in den letzten Jahren konnten wir uns diese Investitionen leisten und unsere Umweltbilanz verbessern», sagt Hänni. Wenn es um den Energieverbrauch geht, steht die IT-Branche weniger im Fokus als andere. Dabei sind die rund 900 Server, die bei der Talus im Keller stehen, auch energieintensiv. Das Unternehmen setzt für die Kühlung des Rechenzentrums auf eine sogenannte Free-Cooling-Anlage, die mit geringem Energieaufwand die Umgebungskälte nutzt.

### Support für das CO<sub>2</sub>-Gesetz

Für Hänni ist klar, dass Unternehmen eine Verantwortung haben, die über Gewinnzahlen hinausgeht. Deshalb unterstützt Hänni auch das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz, das am 13. Juni zur Abstimmung kommt. «Für mich ist zentral, dass mit Anreizen statt Verboten operiert wird. Dadurch gedeihen Innovation und Technologie am besten», betont Hänni. Ein absolutes Verbot von Ölheizungen wäre aus seiner Sicht beispielsweise übertrieben, da es topografische Gegebenheiten gebe, die Alternativen verunmöglichen würden.

Als ehemaliger FDP-Gemeinderat von Wohlen bei Bern kennt Hänni nicht nur die unternehmerische Position, sondern auch die Politik gut. «Die öffentliche Hand hat genauso eine Verantwortung wie die Unternehmen. Ein Miteinander ergibt gute Lösungen», ist Hänni überzeugt. Mit dem CO<sub>2</sub>-Gesetz würden die Grundlagen dafür geschaffen. Der Unternehmer setzt sich auch dafür ein, dass die Talus ihr Engagement im Umweltbereich fortsetzt:

«Green IT ist immer mehr ein Verkaufsargument.» Für Hänni ist klar: «Wirtschaftlich und nachhaltig denken muss kein Widerspruch sein.»

### Marco Wölfli

#### Blueprints.ch

Auf der neuen Plattform Blueprints.ch hält die FDP ihr Engagement in Sachen Umwelt- und Klimapolitik fest. Dazu zählen nicht nur Aktionen auf Bundesebene, sondern auch in den Kantonen und Gemeinden. Neu ist der Bereich Blue KMU, wo Porträts von innovativen, nachhaltigen (und liberalen) Unternehmen zu finden sind. Halten Sie Ihre Smartphone-Kamera auf den QR-Code und Sie gelangen direkt auf Blueprints.ch.



«Eine florierende Wirtschaft funktioniert nur mit gesunden Menschen in einer gesunden Umwelt.»

Reformen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind bereits aufgegleist.



# Konstruktive Lösungen statt Skandalisierung

Extreme Agrarinitiativen schiessen über das Ziel hinaus

Die Agrarinitiativen, über die wir am 13. Juni abstimmen, rücken die Schweizer Landwirtschaft noch mehr als sonst in den Fokus der öffentlichen Debatte. Das düstere Bild, das von der Landwirtschaft gezeichnet wird, ist vor allem Abstimmungspolemik und dient der Skandalisierung. Zeit also für einen Schritt zurück und den Blick auf konstruktive Lösungen zugunsten einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

Seit geraumer Zeit häufen sich die negativen Berichterstattungen rund um unser Trinkwasser. Zu lesen ist von überschrittenen Grenzwerten, zu hohen Antibiotikarückständen oder der Überdüngung unserer Böden. Diese Erkenntnisse und Risiken sind ernst zu nehmen und mit geeigneten Instrumenten zu begegnen. Wir alle wollen eine Schweiz mit gesundem Trinkwasser und gesunden Lebensmitteln – und ich persönlich bin nicht bereit, weder auf das eine noch auf das andere zu verzichten. Klar ist aber auch, dass die Initianten aus strategischem Kalkül diese Berichterstattung

zugunsten ihrer Anliegen nutzen. Die daraus entstehende Polemik soll Unsicherheit und Angst wecken – um die Abstimmungen zu gewinnen. Auf der Strecke bleiben dabei leider zu oft die sorgfältige Auseinandersetzung mit den Fakten. Denn diese sind bei weitem nicht so skandalbehaftet und

rechtfertigen es, beide Initiativen zu verwerfen, weil sie klar über das Ziel hinausschiessen.

### Signifikante Verbesserungen erzielt

Die vielen positiven Entwicklungen werden in der Debatte ausgeblendet: Allein in den letzten zehn Jahren ging der Verbrauch an chemischen Mitteln für die konventionelle Landwirtschaft um 40 Prozent zurück. Auch insgesamt ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im selben Zeitraum um 27 Prozent gesunken.

Wichtig zu wissen: Alle verwendeten Pflanzenschutzmittel sind von den Behörden offiziell zugelassen, und es gibt ständige, strenge Kontrollen. Wird also zum Beispiel im EU-Raum ein Pflanzenschutzmittel verboten, weil es als gesundheit-

«Die vielen aufgegleisten Massnahmen zeigen: Bund und Parlament ist es ernst.»

lich als gefährlich eingeschätzt wurde, hat das direkte Konsequenzen auf die Zulassung in der Schweiz. Auch das Trinkwasser wird behördlich überwacht und hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards. Wir können unser Hahnenwasser bedenkenlos trinken – heute wie auch morgen.

#### Lebensmittelgesetz setzt hohe Standards

Der Gesetzgeber stellt mit dem Lebensmittelgesetz (LMG) ein griffiges Instrument für sauberes Trinkwasser und Lebensmittel bereit. Dort gilt «Wasser für den menschlichen Konsum» als Lebensmittel. Darin legt der Bund auch Rückstandshöchstgehalte von Pestiziden und Nitrat fest, bei deren Einhaltung Lebensmittel inklusive Trinkwasser als gesundheitlich unbedenklich gelten. Stellt die Vollzugsbehörde gesundheitsschädliche Überschreitungen fest, hat es mit Art. 34 LMG die notwendigen Instrumente, um rasch zu handeln.

#### Handlungsbedarf erkannt und korrigiert

Es ist aber nicht so, dass sich die Politik und die zuständigen Behörden mit den jetzigen Erfolgen oder Standards zufriedengeben. Darum nimmt etwa die parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» die Kernanliegen der Initiativen direkt auf. Bis 2027 sollen die mit Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser um 50 Prozent reduziert werden – der Bundesrat kann zudem den weiteren Absenkpfad festlegen. Bei einer Grenzwertüberschreitung verliert das betreffende Produkt seine Zulassung. Hier wurde ein zentrales Anliegen der Initianten aufgenommen. Nicht zuletzt zeigt der «Massnahmenplan sauberes Wasser», der die parlamentarische Initiative genauer definiert und aktuell in der Vernehmlassung ist, dass es dem Bundesrat ernst ist.

Ein weiteres Beispiel ist der Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Damit sollen die Risiken halbiert und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Bereits mit dem Start des Aktionsplans Pflanzenschutz im Jahr 2017 haben die Behörden zahlreichen Wirkstoffen die Zulassung entzogen. Im Frühling hat das Parlament die Regeln bei der Pestizidzulassung noch weiter verschärft. Mit dem Aktionsplan werden laut einer Prognose des Forschungszentrums Agroscope des Bundesamtes für Landwirtschaft in fünf Jahren 45 Prozent der freien Flächen und Felder mit mehrjährigen Kulturen pestizidfrei. Das ist schneller und konkreter umsetzbar als mit den extremen Agrarinitiativen – und führt zu weniger unerwünschten Nebeneffekten.

## «Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards in der Lebensmittelqualität und beim Trinkwasser.»

#### AP22+ als Chance für die Schweizer Landwirtschaft

Die FDP hat alle diese bereits ergriffenen Massnahmen unterstützt und sich in ihrem Positionspapier vom Sommer 2019 für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erneut klar zu einer ökologischeren Landwirtschaft bekannt. Anstatt diese aber mit den extremen Agrarinitiativen mit dem Vorschlaghammer zu forcieren, will die FDP das Ziel mit richtig gesetzten Rahmenbedingungen, Anreizen und mit Technologieoffenheit erreichen. Selbstredend unterstützen wir ebenso die Senkung des Einsatzes der Pflanzenschutzmittel, allerdings wäre ein komplettes Anwendungsverbot dieser Wirkstoffe kontraproduktiv. Es fehlen wirksame Alternativen in diversen Kulturen. Bei einem vollständigen Verzicht wäre die Qualitätsproduktion gefährdet, und es droht eine hohe Resistenzgefahr.

Anstatt zu skandalisieren, will die FDP mehr Zeit in die Weiterentwicklung der Agrarpolitik investieren. Ein zentraler Pfeiler in dieser umfassenden Debatte ist die Agrarpolitik nach 2022 (AP22+). Sie baut auf den vorhergehenden Mass-

nahmen auf und soll einerseits dazu beitragen, die Schweizer Landwirtschaft und insbesondere gesunde Schweizer Lebensmittel und Trinkwasser zu sichern. Andererseits soll sie zur Stärkung der Effizienz der Betriebe und zur Reduktion der Umweltbelastung führen. Die stark kritisierte Aufschubung der Debatte über die AP22+ blendet jedoch aus, dass der ursprüngliche Entwurf bei weitem nicht den Ansprüchen einer umfassenden Weiterentwicklung gerecht wurde. Produktionsentscheide sollen verstärkt auf die Nachfrage der Konsumenten, Selbstverantwortung und Innovationskraft der Landwirtschaft ausgerichtet werden. Es war darum richtig, für die AP22+ eine Gesamtschau zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik mit der vertieften Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten zu fordern. Nur so können die Weichen für eine zukunftsgerichtete Schweizer Landwirtschaft mit einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem wettbewerbsfähigen Umfeld gestellt werden.

**Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL**



Die beiden Agrarinitiativen schiessen übers Ziel hinaus.



# Rückkehr zur parlamentarischen Normalität?

Entscheidende Geschäfte für die FDP

Nachdem für mehr als ein Jahr die Corona-Krise die Arbeit des Parlaments fast vollends beherrschte, scheinen mit der Sommersession nun wieder andere politische Schwerpunkte in den Vordergrund zu rücken. Eine Rückkehr zur parlamentarischen Normalität ist zumindest absehbar.

Mit dem (langsamen) Fortschreiten der Impfkampagne und dem verheissungsvollen Öffnungsplan des Bundesrats scheint nun endlich Licht am Ende des Tunnels. Der Weg zurück in die Normalität bestimmt aber nicht nur den Alltag, sondern zeigt sich auch daran, dass sich das Schweizer Parlament wieder anderen politischen Schwerpunkten als die Corona-Krise widmet. Für die FDP von grösster Relevanz sind dabei folgende Themen:

### Vorsorge

Nach der Erstberatung der AHV21 im Ständerat ist nun der Nationalrat an der Reihe. Es wird auch in der Grossen Kammer absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen. Nur so kann die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleiben. Wie bereits im Ständerat bleibt der grosse Streitpunkt die Ausgleichsmassnahmen für

die Rentenalterserhöhung der Frauen. Dank der FDP konnte sich in der Vorberatung eine bürgerliche Lösung durchsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichtemacht.

### Transparenz

Der vernünftige indirekte Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative befindet sich auf der Zielgeraden. Nachdem im Nationalrat dank der FDP bereits in den letzten Sessionen ein Kompromiss über die Höhe des Schwellenwerts, ab welchem Spenden künftig offengelegt werden müssen, erreicht werden konnte, sind nun in der Sommersession nur noch letzte Differenzen in beiden Räten zu bereinigen. Damit steht dem Gegenvorschlag kaum noch etwas im Weg, um in der Schlussabstimmung angenommen zu werden. Mit der Annahme des indirekten Gegenvorschlags in beiden Räten ist der Rückzug der gefährlichen Volksinitiative in Griffnähe.

Die Sommersession findet vom 31. Mai bis am 18. Juni statt. (Bild: Jane Schmid)

### Aufhebung der Industriezölle

Der Bundesrat wie auch die FDP wollen mit der Aufhebung der Industriezölle die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern und die Konsumentinnen und Konsumenten entlasten. Das ist speziell in Zeiten einer Krise absolut entscheidend. Nach dem enttäuschenden Nichteintreten des Nationalrates im Sommer 2020 hat der Ständerat die Abschaffung im Winter 2020 ohne grosse Beratung unterstützt. Die FDP hegt die Hoffnung, dass der Nationalrat sich der Relevanz der Vorlage mittlerweile bewusst geworden ist und auf die Vorlage eintritt sowie in der Gesamtabstimmung zustimmt.

### Abschaffung der Stempelsteuer

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats ebnete im April den Weg für eine Wiederaufnahme der Beratungen zur Abschaffung der Stempelsteuer. Die Abschaffung dieser weltweit einzigartigen Abgabe zum Nachteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz ist ein jahrelanges Anliegen der FDP, das aus dem Jahr 2009 stammt und aufgrund der Corona-Krise wieder hochaktuell ist. Nun ist es am Ständerat, der Empfehlung seiner vorberatenden Kommission zu folgen und während der Sommersession die Sistierung der Vorlage aufzuheben. Damit wäre die Tür einen Spalt weit offen, um diese veraltete Abgabe endlich abzuschaffen.

### Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

### Rückblick Sondersession 2021

Die Sondersession im Nationalrat diente wie üblich dazu, die vielen hängigen Geschäfte und Einzelvorstösse abzuwickeln. Eigentlich ist sie darum seit Jahren zu einer regulären Session geworden. Im Zentrum des Geschehens stand einerseits die Beratung zur Volksinitiative für die Organspende, bei der eine emotionale Diskussion am Ende zu einem doch klaren Entscheid zugunsten einer Widerspruchslösung resultierte. Andererseits stand die Erstberatung des DNA-Profil-Gesetzes auf der Traktandenliste. Wichtigster Streitpunkt war, wie detailliert die Analyse von DNA-Spuren für die Ermittlungsbehörden genutzt werden dürfen. Die FDP konnte dank einer konsequenten Haltung die vielen Angriffe zur Verschärfung der Anwendung erfolgreich abwehren.



## Mehr Schaden als Nutzen

2 x Nein zu den extremen Agrarinitiativen

Anders als die Initianten suggerieren, sind gesunde Lebensmittel und sauberes Trinkwasser auch bei einem Nein zu den Agrarinitiativen sichergestellt: Bundesrat und Parlament haben bereits griffige Massnahmen beschlossen, die praktikabel sind und rasch wirken. Die FDP lehnt die beiden extremen Initiativen ab.

Die Pestizidverbotsinitiative verlangt ein Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Nicht erklären können die Initianten, weshalb eine Unterscheidung zwischen synthetischen und anderen Pestiziden gemacht und wie sie umgesetzt werden soll. Klar ist hingegen: Diese extremen Produktionsvorschriften führen de facto zu einem Bio-Zwang. Die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten wird massiv eingeschränkt und die verarbeitende Lebensmittelindustrie gegenüber ausländischen Produzenten empfindlich benachteiligt. Dazu kommt die Verletzung von internationalen Handelsverträgen.

### Initiative mit leeren Versprechen

Die Trinkwasserinitiative hingegen fordert, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlun-

gen erhalten, die auf Pestizide und vorbeugenden Antibiotikaeinsatz verzichten. Dieses Anliegen tönt auf den ersten Blick nach einem liberalen Anreizsystem. Nimmt man die Trinkwasserinitiative genauer unter die Lupe, offenbaren sich allerdings gravierende Nachteile. Ein Ja zur Trinkwasserinitiative führte zu einem spürbaren Produktionsrückgang mit steigenden Preisen für Inlandprodukte und zu zunehmendem Import von Lebensmitteln. Der Selbstversorgungsgrad von heute 55 Prozent würde weiter sinken. Schlimmer bezüglich Auswirkungen für die Umwelt: Die grossen Landwirtschaftsbetriebe im Schweizer Mittelland sind heute nur zu einem kleinen Teil von Direktzahlungen abhängig. Wird die Trinkwasserinitiative angenommen, besteht die Gefahr, dass diese Betriebe ganz auf Direktzahlungen verzichten und dafür mit «weniger Ökologie» ihre Erträge optimieren, um die ausfallenden Direktzahlungen

Salaternte in Villeneuve, VD. (Bild: istock/makasana)

zu kompensieren – das Gegenteil dessen, was die Initiative verspricht.

Für Landwirtschaftsbetriebe mit Tierhaltung wäre die Trinkwasserinitiative besonders gravierend. Landwirtschaftsbetriebe sollen ihre Tiere nur noch mit selbstproduziertem Futtermittel versorgen. Wer Futter zukaft oder importiert, erhält keine Direktzahlungen. Das ist praxisfremd. Schweine-, Geflügel- und Eierbetriebe sind auf Futtermittelzukaufe angewiesen. Auch bei einer Produktion nach Bio-Standards können sie die Voraussetzungen der Trinkwasserinitiative für Direktzahlungen aufgrund der unsinnigen Selbstversorgungsklausel nicht erfüllen. Damit setzt die Initiative falsche Anreize, sie verhindert eine sinnvolle Strukturbereinigung und Arbeitsteilung in der schweizerischen Landwirtschaft.

### Nein zur Schwächung des Forschungsstandorts Schweiz

Besonders stossend ist, dass die Förderung von Forschung, Beratung und Ausbildung durch die Trinkwasserinitiative nach ideologischen Vorgaben eingeschränkt wird. Eine Förderung durch den Bund ist nur noch zulässig, wenn dabei eine Landwirtschaft unterstützt wird, die für die Produktion ohne Pestizide, ohne einen prophylaktischen oder regelmässigen Antibiotikaeinsatz auskommt und einen Beitrag zur Biodiversität leistet. Gerade der Antibiotikaeinsatz konnte dank Forschungsprojekten bereits deutlich reduziert werden – das soll auch weiterhin möglich sein.

### Der Bundesrat hat griffige Ziele definiert

Bundesrat und Parlament haben den Handlungsbedarf für eine ökologischere Landwirtschaft klar erkannt. Der Bund hat bereits verbindlich griffige Ziele definiert wie die Belastung von Gewässern durch Pestizideinsatz reduziert werden kann. Das Parlament hat in der Frühlingssession die Massnahmen nochmals verschärft und verabschiedet.

### Die FDP spricht sich gegen die Agrarinitiativen aus

Die FDP spricht sich deshalb klar gegen die extremen Agrarinitiativen aus. Auch für den Bundesrat sind die Pestizidverbotsinitiative und die Trinkwasserinitiative zu extrem. Denn ihre Forderungen hätten weitreichende negative Folgen: Unsere Wahlfreiheit, Forschung und Innovation würden massiv eingeschränkt.

### Beat Walti

Fraktionspräsident und Nationalrat ZH



# Ein ungeeigneter Sündenbock

Ja zum Covid-19-Gesetz

Am Covid-19-Gesetz droht sich die über das letzte Jahr aufgestaute Frustration zu entladen. Es wäre der falsche Prügelknabe. Denn bei einer Ablehnung entfallen auch die wirtschaftlichen Hilfen, die die Unternehmen vor pandemiebedingten Konkursen und Massenentlassungen bewahrt haben.

Die Pandemie schränkt seit mehr als einem Jahr unser Leben ein. Mit zunehmender Dauer nimmt der Unmut in der Bevölkerung zu. Verständlich, denn Covid-19 gefährdet nicht nur die Gesundheit, sondern auch viele Existenzen. Ventil des Frustes ist das Covid-19-Gesetz, das als Prügelknabe für alles herhalten muss. Das ist völlig verfehlt: Denn das Covid-19-Gesetz ist der Rettungsring, der dafür sorgt, dass viele Unternehmen nicht untergehen.

### Widerstand beruht auf irrtümlichen Annahmen

Die Gegner des Gesetzes schrecken vor keiner falschen Behauptung zurück. Umso wichtiger ist es darum klarzumachen, was das Covid-19-Gesetz nicht regelt. Schutzmassnahmen und Lockdowns regelt das Epidemiegesetz. Genauso wenig enthält

die Vorlage eine Impfpflicht oder ein Maskenobligatorium. Entgegen den falschen Behauptungen ändert ein Nein am 13. Juni nichts an Schutzmassnahmen und Lockdowns.

### Unterstützung für die gebeutelte Wirtschaft

Dahingegen bildet das Gesetz die Grundlage für die dringend notwendigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen für die betroffenen Unternehmen

Das Covid-19-Gesetz bildet die Grundlage für die Unterstützung betroffener Betriebe wie zum Beispiel Restaurants.

und die Bevölkerung. Dazu zählen vereinfachte Kurzarbeitsentschädigungen für Angestellte sowie finanzielle Unterstützung für Unternehmen, insbesondere in den stark gebeutelten Sektoren Gastronomie, Tourismus, Medien, Kultur und Sport. Auch Selbständigerwerbende erhalten dadurch Anrecht auf eine Entschädigung. Bei einer Ablehnung entfallen diese Unterstützungshilfen nach dem 25. September 2021. Das wäre bei anhaltender Pandemie oder im Falle einer weiteren mutationsbedingten Pandemiewelle nach September 2021 fatal: Konkurse und Massenentlassungen könnten die Folge sein, was die Auswirkungen der Pandemie weiter verschlimmern würde.

### Engere Leitplanken für den Bundesrat

Darüber hinaus behaupten die Gegner fälschlicherweise, der Bundesrat würde mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet – das Gegenteil ist der Fall. Wie das? Während der Pandemie musste der Bundesrat die Massnahmen zur Abfederung des wirtschaftlichen Schadens mehrheitlich über notrechtliche Verordnungen erlassen. Diese lassen sinnvollerweise einen erheblichen Freiraum zu. Das Covid-19-Gesetz setzt dem Bundesrat hingegen engere Leitplanken und schränkt dessen Kompetenzen klar ein. Beispielsweise garantiert es den Einbezug der Kantone, der Sozialpartner und des Parlaments für den Ausbau der Unterstützungsmassnahmen. In der Konsequenz ist der Handlungsspielraum des Bundesrates durch das Covid-19-Gesetz richtigerweise enger definiert, und es besteht nun eine klare, durch das Parlament geschaffene gesetzliche Grundlage.

### Falsche Zeit für eine Frustbekundung

Jetzt ist nicht Zeit, aus Frustration ein Exempel zu statuieren. Und schon gar nicht die Zeit, den Corona-gebeutelten Unternehmen und der Bevölkerung die wichtigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen zu entziehen. Darum stimme ich am 13. Juni Ja zum Covid-19-Gesetz.

**Regine Sauter**  
Nationalrätin ZH

«Das Covid-19-Gesetz ist ein wichtiger Schritt weg vom Notrecht hin zu einem von der Bundesversammlung legitimierten Krisenmanagement.»

Damian Müller (rechts) und zahlreiche weitere Parlamentarier unterstützen die Vorlage. (Bild: Thimea Häfliger)



## Wirksamer Klimaschutz

Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz schon 2017 verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, damit die internationale Gemeinschaft von über 190 Vertragsstaaten des Pariser Abkommens die globale Erwärmung auf 1,5 °C begrenzen kann. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist wirtschaftsfreundlich ausgestaltet, was sich unter anderem durch die breite Unterstützung der Wirtschaft zeigt. Die Ja-Allianz besteht aus fast allen Parteien (FDP, Mitte, Grünliberale, Grüne, EVP und SP), zahlreichen Wirtschaftsverbänden und mehr als 90 zivilgesellschaftliche Organisationen.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, und wir müssen Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse, die Verschiebung der Niederschläge in den Winter und den Rückgang der Artenvielfalt zu dämpfen. Es zeigt sich: Wir sind auf dem richtigen Weg, es muss aber noch mehr getan werden, wenn die Schweiz ihre Reduktionsziele bis 2030 erreichen will.

### Das Verursacherprinzip wird gestärkt

Im Zentrum des CO<sub>2</sub>-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Das bedeutet, dass «wer mehr ver-

schmutzt, mehr zahlt». Somit profitieren beispielsweise Hauseigentümer, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen. Eine Familie, die sich entscheidet, weniger oder gar nicht zu fliegen, profitiert ebenfalls. Die Folge daraus ist, dass die Landbevölkerung vom CO<sub>2</sub>-Gesetz profitiert, während die Städterinnen und Städter einen Anreiz erhalten, ihren Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren.

### Die ganze Welt handelt – wir machen mit

Beim Klimaschutz geht es nicht nur um einzelne nationale Massnahmen, sondern um ein globales

Miteinander. Die Schweiz hat sich international mit 190 weiteren Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zu mehr Klimaschutz bekannt. Die USA ist nach der Wahl ihres neuen Präsidenten Joe Biden wieder zum Kreis der Unterstützer des Pariser Klimaabkommens zurückgekehrt. Auch die Europäische Union, Japan, Kanada und sogar China haben in den Jahren 2020 und 2021 verstärkte Klimaziele beschlossen.

### Das CO<sub>2</sub>-Gesetz fördert die Innovation

Mit dem Klimafonds werden neue Projekte zur Förderung von Innovation gezielt unterstützt, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder der Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Auch unterstützt der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO<sub>2</sub>-freien Heizungen. Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds Unterstützung, um klimafreundliche Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Zu den Nutzniessern gehört deshalb auch die Luftfahrtindustrie, denn bis zu 49 Prozent der Flugticketabgabe können dafür verwendet werden, innovative Methoden zur Produktion erneuerbarer Flugtreibstoffe voranzubringen. Während aktuell das Fliegen mit sogenannter Flugscham behaftet ist, zielt das CO<sub>2</sub>-Gesetz darauf, auch das Fliegen klimaverträglich zu machen, und für die Schweiz entstehen neue Chancen im globalen Wettbewerb.

### Weniger Abhängigkeit von fossilen Energien

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz hilft der Bevölkerung und der Wirtschaft, die Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle frühzeitig zu reduzieren. Jedes Jahr fliessen rund 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Mit dem neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz können wir einerseits diese Abhängigkeiten der Schweiz schrittweise reduzieren und andererseits früh den Weg für neue, nicht fossile Sektoren ebnen, die unsere Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten.

### Das Gesetz basiert auf dem Positionspapier der FDP

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein konsequenter Schritt, den auch die Basis der FDP fordert, und unsere Fraktion hat das Gesetz im Parlament massgeblich mitgeprägt. Dabei wird auf Lenkungsabgaben und Innovation gesetzt anstatt auf Verbote. Auch sorgt das CO<sub>2</sub>-Gesetz dafür, dass wir keine Kosten auf dem Buckel der kommenden Generationen verursachen. Die ganze Welt handelt und wir machen mit – das ist fair und verursachergerecht.

**Damian Müller, Ständerat LU**



Die Schweiz stimmt am 13. Juni über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt, weshalb das Gesetz eine wichtige Lücke schliesst.

**Inwiefern kann das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) helfen, Terroranschläge zu verhindern? Reichen die bestehenden Gesetze nicht aus?** Nein. Heute kann die Polizei erst eingreifen, wenn bereits eine Straftat verübt wurde. Künftig soll die Polizei im Sinne der Gefahrenabwehr präventiv handeln können. Wir schliessen mit PMT eine wichtige Lücke. Auch in der Schweiz gibt es Personen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht.

Mit PMT könnte einer Person beispielsweise ein Kontaktverbot zu radikalisierten Gruppen oder ein Ausreiseverbot auferlegt werden, um eine Reise in den Jihad zu verhindern.

**Gibt es konkrete Beispiele, wo die PMT-Massnahmen helfen würden?** Ein konkretes Beispiel ist der Fall des früheren Vorbeters der Winterthurer An'Nur-Moschee. Er sitzt wegen IS-Beteiligung eine Gefängnisstrafe ab, spricht aber aus der Haft

heraus Drohungen aus. Was passiert mit dem Mann, wenn er seine Strafe verbüsst hat? Um weitere Taten zu verhindern, könnte ihm zum Beispiel ein Kontaktverbot zu radikalisierten Islamisten auferlegt werden. Auch den Attentäter von Morges hätte man möglicherweise besser begleiten können. Ob man den Anschlag verhindert hätte, wissen wir nicht. Sicher ist aber: Heute fehlen uns die Instrumente zur Prävention und polizeilichen Gefahrenabwehr.

**Die Gegner befürchten einen massiven Eingriff in die Grundrechte. Zu Recht?** Nein, im Gegenteil. Die vorgeschlagenen Massnahmen dienen der Sicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen und dem Schutz der Freiheit der Menschen in der Schweiz. Hier geht es um ein Gesetz, das alle rechtsstaatlichen Garantien gewährleistet. Jede Massnahme muss verhältnismässig sein und kann vor einem Gericht angefochten werden. Die Eingrenzung auf eine Liegenschaft muss ein Zwangsmassnahmengericht bewilligen. Wir schützen nicht die Freiheit der Terroristen, wir schützen die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Zudem nimmt die Schweiz mit PMT international keine Sonderrolle ein: Grossbritannien, Frankreich, Deutschland oder die Niederlande setzen bei der Terrorismusbekämpfung vergleichbare Massnahmen ein.

**Sind die PMT-Massnahmen und insbesondere der Hausarrest vereinbar mit der EMRK und der UN-Kinderrechtskonvention?** Ja. Wir haben die Vereinbarkeit mit der EMRK von Professor Andreas Donatsch gründlich abklären lassen. Das Gesetz respektiert auch die Kinderrechtskonvention. Erzieherische und Kinderschutzmassnahmen haben immer Vorrang. Wir sehen leider auch, dass gerade junge Menschen oft anfällig sind und sich leicht radikalieren lassen. Die Dschihad-Reisenden aus Winterthur waren 15 und 16 Jahre alt. In der Ostschweiz hatte die Polizei einen minderjährigen Bombenbauer verhaftet. In Grossbritannien betrifft inzwischen jede zehnte Verhaftung im Zusammenhang mit Terrorismus einen Teenager.

**Inwiefern stützt sich das PMT auf bereits erprobte Instrumente?** Präventiv-polizeiliche Massnahmen sind nichts Neues. Sie dienen der Gefahrenabwehr. Schon heute kann beispielsweise ein gewalttätiger Hooligan am Betreten eines Stadions gehindert werden. Auch bei häuslicher Gewalt kann die Polizei einschreiten, bevor etwas passiert. Das Gleiche wollen wir auch mit PMT erreichen. Es kann ja nicht sein, dass wir präventiv gegen Hooligans vorgehen können, nicht aber gegen terroristische Gefährder.

**Interview: Mario Epp**

# Bilateraler Weg ist der Königsweg

Gesamtbundesrat steht in der Verantwortung

Die FDP begrüsst die Absicht des Bundesrates, den Kontakt mit der EU aufrechtzuerhalten. Solange beide Parteien noch am Verhandlungstisch sind, gilt es, die erfolgreiche Verabschiedung des Rahmenabkommens durch den Bundesrat weiterzuverfolgen. Als mögliche Alternative hat die FDP-Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan verabschiedet.

Die Schweiz und die EU sind wirtschaftlich eng verflochten. Zuverlässige Beziehungen sind deshalb elementar, und die FDP hat sich stets für den gesicherten bilateralen Weg eingesetzt. In der Diskussion über das Rahmenabkommen erwartet die FDP nun vom Bundesrat, dass er Transparenz schafft über die erfolgten technischen Gespräche und damit eine Beurteilung über deren Fortschritte zulässt. Die FDP-Bundeshausfraktion hat sich bereits mehrmals und intensiv mit dem Rahmenabkommen auseinandergesetzt und ihre Position aus der Konsultation des Rahmenabkommens von 2019 mehrfach bestätigt. Darin hat sie sich grundsätzlich positiv zum Rahmenabkommen geäußert, wobei in drei Bereichen noch Konkretisierungen notwendig sind: Unionsbürgerrichtlinie, Lohnschutz und Guillotine.

Die Teilnahme am Binnenmarkt ist und bleibt der mit Abstand beste Weg, um den Wirtschaftsstandort und damit auch den Wohlstand in der Schweiz zu sichern. Der Gesamtbundesrat steht

bezüglich der Verhandlungen nach wie vor in der Führungsverantwortung und muss jetzt Lösungen vorlegen, die für beide Seiten akzeptabel sind. Sollte das nicht möglich sein, muss nach einem anderen Ansatz gesucht werden, um die bilateralen Beziehungen zur EU zukunftsfähig zu gestalten. Zu diesem Zweck hat die FDP-Liberale Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan entwickelt und am 16. April einstimmig verabschiedet.

### 1. Säule: Internationale Massnahmen mit der EU

Der Gesamtbundesrat ist in der Verantwortung, die Weiterentwicklung des bilateralen Weges zu sichern. Das wird weder schnell noch einfach möglich sein. Optionen dazu können sein:

Limitierte Dynamisierung der Bilateralen: Die technischen Sachbereiche, wie insbesondere MRA und Luftverkehr, werden mittels eines gesonderten Abkommens bereits heute mit der EU geregelt («dynamisiert»). Das würde eine limitierte Dynamisierung der Bilateralen ermöglichen. Wichtige

Bedingung: Verzicht auf «Nadelstiche» (beispielsweise bei der Börsenäquivalenz) und De-Blockierung anderer Abkommen. In die Verhandlungsmasse miteinbezogen werden können im Gegenzug auch offene Punkte der Schweiz wie die Kohäsionszahlungen.

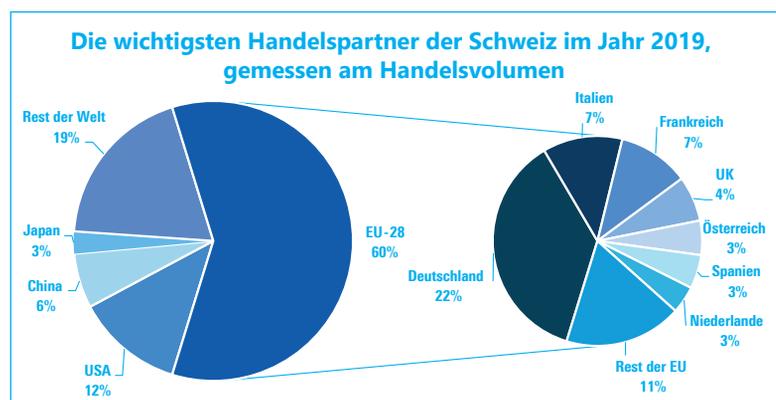
Bilaterale III: Neue Abkommen wie beispielsweise ein Strommarktabkommen, Finanzdienstleistungsabkommen (FDLA) und ein Gesundheitsabkommen können soweit erforderlich mit der von der limitierten Dynamisierung der Bilateralen noch nicht erfassten Abkommen zu einem neuen Vertragspaket der Bilateralen III verbunden werden.

### 2. Säule: Internationale Massnahmen unabhängig von der EU

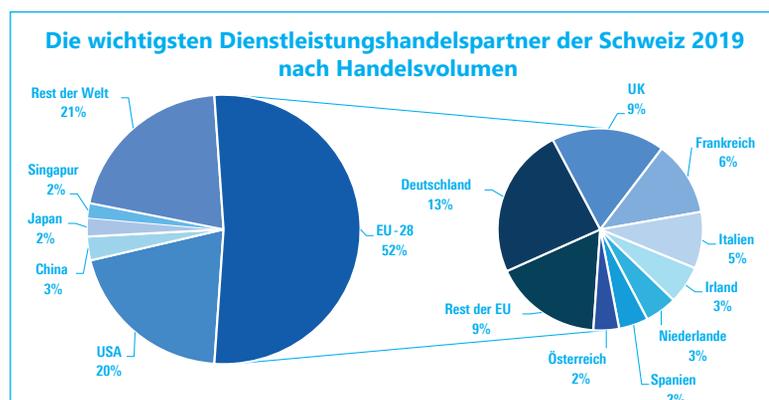
Es sind aktiv Partnerschaften mit Staaten ausserhalb der EU zu suchen oder zu intensivieren. Diese sind möglich im Bereich Freihandel (zum Beispiel Mercosur, Indien, USA, WTO); Forschung und Innovationsförderung (bi- und multilaterale Forschungsprogramme ausserhalb der EU); Bildung (bilaterales Programm mit UK); Landwirtschaft/Veterinärwesen (Vorbild Abkommen EU-UK); Finanzbranche (Anerkennung Gleichwertigkeit zwischen Grossbritannien und der Schweiz).

### 3. Säule: Nationale Massnahmen

Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die die Schweiz unilateral umsetzen kann, um die negativen Folgen des Scheiterns abzufedern (Kompensation der erschwerten Marktzugänge und neuen Benachteiligungen): Umsetzung nationales Fitnessprogramm (gemäss FDP-Positionspapier «Vorwärtsstrategie für die Schweiz»); Kompensationsmassnahmen (wie zum Beispiel Alternativen zu EU-Äquivalenzanerkennungen der Börsen); autonomer Nachvollzug zwecks regulatorischer Entlastung der Wirtschaft; autonome Anpassungen, um die Anerkennung der Gleichwertigkeit zu forcieren (wie zum Beispiel Anpassung des Datenschutzgesetzes).



Die Schweiz wies 2019 insgesamt ein Warenhandelsvolumen von 447,49 Mrd. CHF aus. Der Handel mit der EU machte 266,37 Mrd. CHF aus, was einem Anteil von 60 Prozent entspricht.



Die Schweiz verfügte 2019 mit der EU über ein Dienstleistungshandelsvolumen von 131,49 Mrd. CHF. Gemessen am gesamten Dienstleistungshandelsvolumen der Schweiz (252,11 Mrd. CHF) entsprach dies einem Anteil von 52 Prozent.



# Die grosse Genugtuung

## Peter Hodel ist neuer Solothurner Regierungsrat

Mit der Neuwahl von Peter Hodel und der Wiederwahl von Remo Ankli hält die FDP zwei der fünf Sitze in der Solothurner Kantonsregierung. Der Meisterlandwirt aus Schönenwerd übernimmt das Finanzdepartement und hat grosse Ambitionen.

Die Vorfreude auf die kommende Aufgabe ist Peter Hodel auch am Telefon anzumerken. Der neu gewählte Solothurner Regierungsrat hat soeben die Departementsverteilung hinter sich und zeigt sich zufrieden: «Mit dem Finanzdepartement habe ich mein Wunschdepartement erhalten.» Für Hodel ist klar, dass die Finanzen in der kommenden Legislatur eine besonders wichtige Rolle spielen werden. Dies ist einerseits den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie geschuldet, andererseits einer kantonalen Initiative, die Steuerenkungen fordert. Für die Initiative, deren Grundsatz Hodel und die FDP unterstützen, wird die Regierung einen Gegenvorschlag erarbeiten. «Das sind Themen, die mich sicher beschäftigen werden», blickt der designierte Finanzdirektor voraus.

Zudem will Hodel eigene Akzente setzen und die Abhängigkeit vom Nationalen Finanzausgleich reduzieren. Solothurn gehört zu den grössten Empfängern pro Kopf. Für Hodel liegt hier Potenzial brach: «Solothurn hat das Potenzial, seine Attraktivität zu steigern, und ich bin überzeugt, dass sich das umsetzen lässt.»

### Hodel fühlt sich in der Exekutive wohl

Tatendrang und Gestaltungswille zeichnen den Meisterlandwirt aus. Seit 2005 ist er Gemeindepräsident von Schönenwerd (5100 Einwohner) und seit 2014 Fraktionspräsident der FDP, die im Kantonsrat die grösste Fraktion stellt. «Die neun Jahre im Kantonsrat waren spannend, aber ich politisiere am liebsten in der Exekutive», sagt der 54-Jährige.

Peter Hodel ist ab August Solothurner Finanzdirektor.

Dass Peter Hodel überhaupt in den Regierungsrat gewählt wurde, war keineswegs zu erwarten. Nach dem ersten Wahlgang, bei dem der bisherige Freisinnige Remo Ankli das Bestresultat erzielte, waren drei der fünf Regierungssitze vergeben. Peter Hodel lag auf dem sechsten Platz nur gerade 300 Stimmen hinter CVP-Kandidat Thomas A. Müller. «Bei dieser engen Ausgangslage war die Mobilisierung extrem wichtig», betont Hodel. «Die Partei hat Superarbeit geleistet, und wir haben wirklich alles gegeben.» Dieses Engagement schien bei der Bevölkerung anzukommen. Im 2. Wahlgang machte Hodel aus dem Rückstand einen Vorsprung von 1300 Stimmen und holte sich den fünften Sitz auf Kosten der CVP. «Ich habe es erst geglaubt, als auch Olten, die Heimatstadt meines Konkurrenten, ausgezählt war. Noch nie kam mir eine Stunde so lange vor», erzählt Hodel. Als das Resultat feststand, war die Freude riesig.

Nach den Sitzverlusten bei den Kantonsratswahlen bedeutet der gewonnene Regierungssitz für die FDP Solothurn eine grosse Genugtuung. Auch für Hodel: «Die Wahl ist eine grosse Ehre für mich, aber auch eine Belohnung für die zahlreichen Helfer, die sie ermöglicht haben.»

### Vom Bauernhof ins Rathaus

Offizieller Arbeitsbeginn für den neuen Regierungsrat ist der 2. August. Bis Hodel sein Büro im Solothurner Rathaus bezieht, widmet er sich der Übergabe seiner zahlreichen Ämter. Ein sauberer Übergang ist ihm ein grosses Anliegen. Auch für die Arbeit auf dem Bauernhof wird Hodel künftig deutlich weniger Zeit finden. «Wir können die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Landwirt verstärken, zudem kann ich auf die grosse Unterstützung meiner Frau zählen.» Mit der getroffenen Lösung sei gesichert, dass auch seine neunjährige Tochter dereinst die Möglichkeit habe, den Bauernhof zu übernehmen. «Sie darf natürlich selbst entscheiden, aber ich will ihr den Zugang zum letzten Bauernhof von Schönenwerd nicht verschliessen», sagt Hodel.

Ab August wird Hodels Fokus mehr auf finanzpolitischen Dossiers statt auf Mutterkuhhaltung und Ackerbau liegen. Er freut sich auf die neue Aufgabe und kann dabei auf einen grossen Rückhalt in der Solothurner Bevölkerung zählen: «Ich habe unglaublich viele Gratulationen und positive Rückmeldungen erhalten. Diese geben mir auch Energie, wenn es einmal schwierig sein sollte.»

Marco Wölfli

Auf die Hochzeit folgt meist eine saftige Steuerrechnung.



## Ist Heiraten keine Frage der Liebe mehr?

Plädoyer für die Individualbesteuerung

Vor über 40 Jahren stellte das Bundesgericht fest, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt sind. Trotzdem ist bis heute nichts passiert. Wie kann das sein?

«Kamylla, du machst einen Fehler», das war einer der ersten Sätze, den ich gehört habe, als ich meine Hochzeit verkündete. Der Satz bezog sich nicht etwa auf die Wahl meines Ehemannes Samuel, sondern darauf, dass wir als verheiratetes Paar, noch ohne Kinder, einmal den Bund der Ehe eingegangen, mehr Steuern bezahlen als zuvor.

Durch den ganzen Hochzeitsstress vergass ich diese Aussage schnell wieder, und es kam mir erst wieder in den Sinn, als sich die neue Steuerrechnung im Posteingang befand. Eine kleine Nebenbemerkung – die Steuerrechnung hatten wir bereits vier Tage nach der Trauung im Briefkasten. Wenn doch die Verwaltung immer so schnell und effizient wäre.

### Freie Entscheidung eingeschränkt

Dabei störte ich mich nicht einmal daran, dass wir prinzipiell nun mehr Steuern bezahlen müssen. Wir leben schliesslich in der Schweiz, und ich den-

ke, dass hier im Gegensatz zu anderen Ländern diese Einnahmen der Steuern doch grösstenteils vernünftig eingesetzt werden. Auch geht es mir nicht um den Schutz der Ehen, ich beziehe mich aber darauf, dass ich hier in meiner freien Entscheidung eingeschränkt werde respektive eine finanzielle «Bestrafung» erhalte, wenn ich mich für eine Heirat entscheide.

Ich bin der Meinung, jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand. Die Individualbesteuerung ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen und fairen Steuerpolitik, deshalb lege ich Ihnen, werter Leser, nahe, mit uns gemeinsam sich für die Volksinitiative



Kamylla Lisi-Brandino ist im Vorstand der FDP Frauen Kanton Zürich sowie der FDP Meilen.

Individualbesteuerung einzusetzen, um diesem Problem nach mehr als 40 Jahren endlich politisch mit einem Lösungsvorschlag entgegenzutreten.

**Kamylla Lisi-Brandino**  
Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich

«Jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand.»



**Renteninitiative**

Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge

# **Bis 2045 fehlen der AHV 200 Mrd. Franken!**

Die Lösung der Sozialdemokraten:

**MWST um 4% erhöhen und  
KMU schwächen!**

Unsere Lösung:

**die Renteninitiative.**

**Jetzt**

den beiliegenden Unterschriftenbogen  
**unterschreiben**  
und die AHV nachhaltig sichern

## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Nein zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz»**



NEIN

**Nein zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»**



JA

**Ja zum Covid-19-Gesetz**



JA

**Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz**



JA

**Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)**

## AGENDA

**3. Juli 2021**

Delegiertenversammlung, Martigny

**28. August 2021**

Sternwanderung in Thun

**2. Oktober 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

### Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



**FDP Die Liberalen**

**SAVE THE DATE**

**Nationale FDP-Sternwanderung**  
Freisinniger Wandertag mit FDP-Parlamentarierinnen und Parlamentarier

**28. August 2021**  
Treffpunkt: Region Thun



# Warum kommt 5G?

## Darum ist der weitere Ausbau wichtig

Im Durchschnitt braucht heute jeder von uns hundert Mal mehr mobile Daten als vor zehn Jahren. Nur mit neuen Technologiegenerationen – wie aktuell 5G – können die Mobilfunkbetreiber dieses Wachstum stemmen.

## Mobilfunk ist eine Erfolgsgeschichte

Mit jeder Generation kamen neue Anwendungen dazu. Diese entstanden, nachdem die Netze gebaut waren. Für 5G gelten übrigens die gleich strengen Regeln wie für die bisherigen Mobilfunkgenerationen.

**1G**  
ab 1978  
Mobile Telefonie



**2G**  
ab 1993  
Der grosse Durchbruch



**3G**  
ab 2004  
Das Internet wird mobil

**4G**  
ab 2012  
Neue Anwendungen für jede Lebenslage



swisscom

### Was ist jetzt mit 5G?

Mehr zu 5G, Mobilfunk, Gesundheit und Umwelt finden Sie hier.



[swisscom.ch/5gflyer](https://swisscom.ch/5gflyer)